

Deutsche Fragen · Kraftakt Krisenbewältigung · Seite 1

Die Deutschen und Europa · Zwischen Identifikation und Desinteresse · Seite 5

Meldungen in eigener Sache · Seite 8

Deutsche Fragen:

Kraftakt Krisenbewältigung

Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken in Kooperation mit dem Bayerischen Bankenverband

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten und eine tiefe weltweite Rezession bedeuten auch für Deutschland eine Krise von historischem Ausmaß. Deren Bewältigung ist angesichts ihrer finanziellen Dimension und der Komplexität ihrer Ursachen ein enormer Kraftakt. Vor allem die Banken, aber auch andere Marktteilnehmer, Rating-Agenturen, die Politik und Notenbanken sowie die zuständigen Regulierungsgremien und Aufsichtsbehörden müssen sich selbstkritisch fragen, welche Fehler sie zu verantworten haben.

Die Mitverantwortung der Banken an der Krise benannte *Prof. Dr. Manfred Weber* beim 18. Symposium des Bankenverbandes in der Reihe „Deutsche Fragen“ Anfang Mai in München. Der Geschäftsführende Vorstand des Verbandes bekannte sich zur Verantwortung der Institute: „Banken haben Risiken falsch eingeschätzt oder teilweise übersehen. Manche Finanzprodukte waren zu kompliziert, Anreize für kurzfristige Erfolge vielfach zu groß. Und leider standen die Kunden nicht immer so im Mittelpunkt, wie es sein sollte.“

„Kraftakt Krisenbewältigung: Was hilft, was ist finanzierbar, was gerecht?“

Symposium am 8. Mai 2009 in München

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen

Prof. Dr. Manfred Weber
Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin

Konsolidierung und Konjunkturstütze – ein Widerspruch?

Georg Fahrenschoen
Bayerischer Staatsminister der Finanzen, München

Eigenverantwortung und Solidarität – was braucht die Gesellschaft?

Dr. Reinhard Marx
Erzbischof von München und Freising

Diskussion

Georg Fahrenschoen
Rolf Friedhofen
Vorsitzender des Vorstandes des Bayerischen Bankenverbandes und Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, München

Dr. Reinhard Marx
Prof. Dr. Manfred Weber

Moderation:
Prof. Sigmund Gottlieb
Chefredakteur Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, München

Schlusswort

Rolf Friedhofen

Die Symposienreihe im Überblick: www.deutsche-fragen.de

Weber ging aber auch auf Veränderungen ein, die die Banken bereits in Angriff genommen haben: Neben den Verbesserungen, die es beim Risikomanagement gebe, stehe inzwischen außer Frage, dass die Einschätzungen von Rating-Agenturen keinesfalls das Maß aller Dinge sein könnten, die Banken sich stattdessen wieder mehr auf ihr eigenes Urteil verlassen müssten.

Um Bonuszahlungen für Bankmitarbeiter möglichst am nachhaltigen Erfolg auszurichten, ergänzten einzelne Häuser ihre Anreizsysteme jetzt um einen Malus-Faktor, andere orientierten sich hierfür nun stärker an der Zufriedenheit der Kunden. In jedem Fall müsse bei der Anlageberatung gelten: „Ganz gleich, wie gut sich der einzelne Kunde in Finanzfragen auskennt – jeder muss so informiert werden, dass er selbst beurteilen kann, welches die richtige Geldanlage für ihn ist.“ Alle Maßnahmen, die die Banken nun ergreifen, unter-

In der systemischen Krise ist das Eingreifen des Staates als Garant für Stabilität ohne Alternative.

strich Weber, zielten darauf, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen: im Verhältnis der Banken untereinander, vor allem aber bei den Kunden und in der Gesellschaft insgesamt.

Mit Blick auf die Wirtschaftsordnung betonte Weber, dass bei der Bekämpfung der Krise teilweise zu Mitteln gegriffen werden müsse, die in keinem Lehrbuch der Marktwirtschaft zu finden seien. In der systemischen Krise sei das entschlossene Eingreifen des Staates als Garant für Stabilität allerdings ohne Alternative gewesen. Anerkennung und Dank verdiene es daher, dass die Politik in dieser schwierigen Situation rasch gehandelt habe. Die Intervention des Staates – zur Stabilisie-

rung des Bankensystems und zur Stützung der Konjunktur – dürfe aber nur so lange dauern, wie es die Krise tatsächlich erfordere. Auch künftig würden Wirtschaft und Gesellschaft am meisten profitieren, wenn der Staat sich wieder darauf beschränke, der Wirtschaft die Regeln vorzugeben und diese effektiv zu kontrollieren.

Zu einer grundsätzlichen Systemkritik an der Sozialen Marktwirtschaft gebe es auch in der gegenwärtigen Situation keinen Anlass. Stattdessen tue man gut daran, sich zu erinnern, was dieser marktwirtschaftlichen Ordnung in den zurückliegenden 60 Jahren gelungen sei, nämlich Wohlstand durch Wettbewerb, Markt und Eigeninitiative zu fördern und gleichzeitig Solidarität zu ermöglichen. „Auf diese Errungenschaften unserer Wirtschaftsordnung“, so Weber, „können wir auch künftig vertrauen.“

Zu einer grundsätzlichen Systemkritik gibt es keinen Anlass.

Als einen „Wettersturz ohne Beispiel“ und den tiefsten wirtschaftlichen Einschnitt seit 1949 bezeichnete der Bayerische Staatsminister der Finanzen, *Georg Fahrenschon*, den gegenwärtigen Konjunkturrückgang. In dieser schwierigen Situation, so der Minister, sei es von Seiten der Politik richtig gewesen, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Ein funktionsfähiger Geldkreislauf sei für Deutschland und die moderne Weltwirtschaft so notwendig wie der Blutfluss für den menschlichen Körper. Die Notfallmaßnahmen, mit denen viele Staaten wichtige Banken stützten, seien daher unerlässlich. „Dies geschieht beileibe nicht den Banken oder den Managern zuliebe. Wir brauchen die Banken“, so Fahrenschon, „für die Verbraucher, für die Mittelständler, für die Hand-

werker und Unternehmer. Letztlich kommt dies über Arbeitsplätze vor allem den Bürgern zugute.“

Da die von Bund und Ländern – auch zur Konjunkturbelebung – aufgewendeten Summen dazu dienen, die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Krise abzumildern, stünden diese Ausgaben auch nicht im Widerspruch zur weiterhin nötigen Konsolidierung der Staatsfinanzen. Allerdings bedürfe es künftig einer konsequenten Tilgungsstrategie, die nach Abklingen der Krise auch nur mit erneutem wirtschaftlichem Wachstum erfolgreich umgesetzt werden könne. In diesem Zusammenhang betonte Fahrenschon: „Wir müssen jetzt mehr denn je unsere Politik darauf ausrichten, der deutschen Wirtschaft zurück auf ihren Wachstumspfad zu helfen.“ Dazu seien, so der Minister,

Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist nur mit erneutem wirtschaftlichen Wachstum möglich.

Steuerentlastungen notwendig, wobei insbesondere der Abbau der so genannten kalten Progression für ihn auch

eine Frage der Steuergerechtigkeit sei.

Die Aufgabe der Banken sei es, die Kreditversorgung aufrecht zu erhalten, und damit ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. In der gegenwärtig zuge-spitzten Situation dürfe es nicht zu einer Kreditklemme in Deutschland kommen. Die Politik müsse ihrerseits zur Unterstützung der Banken über konkrete Veränderungen bei den Eigenkapitalregeln von Basel II sowie bei der Bilanzierung nach dem Fair-Value-Ansatz nachdenken.

Als eine der grundsätzlichen Lehren aus der Finanzmarktkrise hob der Minister hervor, dass Märkte Leitplanken benötigten und sich der Glaube, die Märkte richteten es am besten

selbst, als falsch erwiesen habe. „Wir brauchen ein gemeinsames Leitbild“, meinte Fahrenschon, und „wir sollten gemeinsam für eine Renaissance der sozial verantworteten Marktwirtschaft eintreten.“

Bei aller Schwierigkeit, so der bayerische Finanzminister abschließend, gebe es doch eine Reihe guter Gründe, die Zukunft nicht zu pessimistisch zu sehen. So seien die hiesigen Unternehmen – auch dank hervor-ragender Produkte – fit für den internationalen Wettbewerb.

Wir brauchen ein gemeinsames Leitbild, eine Renaissance der sozial verantworteten Marktwirtschaft.

Deutschland verfüge zudem mit einem breiten inhabergeführten Mittelstand, einer modernen Infrastruktur und der zentralen Lage in Europa über entscheidende Standortvorteile. Nicht zuletzt erweise sich jetzt auch die gemeinsame europäische Währung als großer Nutzen. Ohne den Euro wäre in der Krise selbst die nationale Währung der größten Volkswirtschaft in Europa zum Spielball der Märkte und der Spekulation geworden. Die politische Kraftanstrengung des seinerzeitigen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des früheren Bundesfinanzministers Theo Waigel, den Euro und den europäischen Binnenmarkt voranzubringen, zahle sich heute in barer Münze aus. „Jetzt erst“, so Fahrenschon „wird die Tragweite dieser historischen Entscheidung deutlich.“

Der Erzbischof von München und Freising, *Dr. Reinhard Marx*, ging in seinem Vortrag auf das Spannungsverhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität ein. Dieses Problem dürfe nicht unterschätzt werden. Denn eine lebendige Demokratie und auch die Marktwirtschaft lebten davon, dass viele Einzelne ihre Interessen verfolgten, doch genauso müsse es ein gemeinsames Interesse – das Gemeinwohl –

geben. Dies unter Wahrung sowohl der Freiheit des Einzelnen als auch der Effizienz des Wettbewerbs zu organisieren, sei die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Die aktuelle Krise, so der Erzbischof, bilde somit einen Antrieb, sich dieser Herausforderung zu stellen. „Wir dürfen jetzt nicht zu kurzatmig auf rein technische Lösungen schauen, die gleichwohl notwendig sind“, meinte er. Doch die eigentliche, die gesellschaftliche Aufgabe werde viel mehr Zeit und Mühe erfordern.

Leitidee einer Erneuerung müsse dabei das Prinzip der „Gerechtigkeit“ sein, die wiederum eine bestimmte Art von Gleichheit voraussetze: „Nicht in dem Sinne, dass alle Menschen gleich sind an Begabung, an Fähigkeiten, wohl aber

Nur das zu tun, was gesetzlich nicht verboten ist, – das ist eine Minimaethik.

in dem Sinne, dass sie gleich an Würde sind, dass jeder eine Chance bekommt und eingeladen ist, seinen Beitrag zu leisten.“ Der Erzbischof verwies dabei auf die Verantwortung des Einzelnen, einer wie Marx ausführte, „verantworteten Freiheit“, die er insbesondere von den Führungskräften in Politik und Wirtschaft einforderte. „Nur das zu tun, was gesetzlich nicht verboten ist“ – das sei, so der Erzbischof, „eine Minimaethik“.

Die Krise müsse als Chance genutzt werden zu lernen. Als ein Beispiel, wo dies bereits geschehe, nannte Marx die Aufgabe, ein gutes und richtiges Verhältnis von Markt und Staat zu finden. Man lerne nun, dass der Staat eine wichtige Rolle wahrnehme, auch im Bereich der Wirtschaft. Ein in diesem Kontext „starker“ Staat bedeute jedoch nicht, dass er „mächtig im eigentlichen Sinne sein soll und alles ausreguliert (...), sondern, dass er die richtigen Regeln an der richtigen Stelle setzt und für deren

langfristige, nachhaltige Umsetzung sorgt.“ Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dem Finanzsektor und den globalen Märkten insgesamt auch auf der Weltebene eine verlässliche Wettbewerbsordnung zu geben. Die Krise habe die starke Verflochtenheit der globalen

Ein „starker“ Staat bedeutet, dass er die richtigen Regeln setzt und für deren Umsetzung sorgt.

Wirtschaft vor Augen geführt, aber auch die Einsicht wachsen lassen, dass Protektionismus, Nationalismus, sich nur auf die eigenen Interessen zu beziehen, keine geeigneten Lösungen seien. Somit konnte Erzbischof Marx der Krise auch etwas Positives abgewinnen: Bei alledem, was in diesem und im nächsten Jahr noch auf uns zukomme, so meinte er, könnte zumindest erreicht worden sein, „dass wir diese Krise als Chance verstanden haben.“

In seinem Schlusswort zur Veranstaltung würdigte *Rolf Friedhofen*, Vorsitzender des Vorstandes des Bayerischen Bankenverbandes und Mitglied des Vorstandes der HypoVereinsbank, noch einmal das entschlossene Eingreifen des Staates zur Bewältigung der Finanzmarktkrise: „Der Staat hat damit“, so Friedhofen, „als letztinstanzlicher Kreditgeber des Vertrauens agiert und jenes Vertrauen, das er selbst genießt, auf die Banken übertragen.“ Dies sei notwendig gewesen und auch zum richtigen Zeitpunkt geschehen.

Im Selbstverständnis der Banken ist eine klare Zäsur unvermeidlich.

Für die eigene Branche konstatierte Friedhofen, dass eine klare Zäsur im Selbstverständnis der Banken unvermeidlich sei. Sie müssten sich wieder stärker als Dienstleister verstehen und sich künftig noch mehr als bisher an den spezifischen Erfordernissen ihrer Kunden orientieren. Nur so könne verlorengewangenes Vertrauen auf mittlere und langfristige Sicht wieder zurückgewonnen werden.

Europa und die Deutschen:

Zwischen Identifikation und Desinteresse

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament haben noch einmal bestätigt, was Meinungsumfragen schon seit längerem offenbaren: Das Interesse der Bürger an europäischer Politik hält sich in engen Grenzen. In merkwürdigem Kontrast dazu steht, dass sich die Deutschen durchaus positiv mit Europa identifizieren und „gute“ Europäer sein wollen. Eine demoskopische Nachbetrachtung.

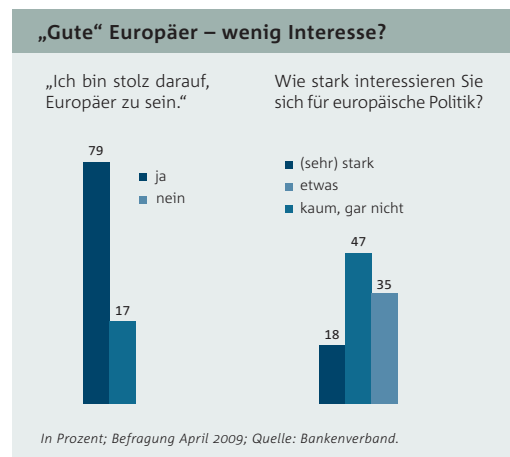
Basis dieses Beitrags ist eine im April 2009 im Auftrag des Bankenverbandes durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage. Das Mannheimer ipos-Institut hat dafür 1.003 wahlberechtigte Deutsche ab 18 Jahren telefonisch befragt.

Die emotionale und die kognitive Wahrnehmung Europas klaffen bei den Deutschen weit auseinander. Denn einerseits bildet Europa für die Deutschen einen wichtigen Bezugspunkt positiver Identifikation: Acht von zehn Befragten sind „stolz darauf“, Europäer zu sein. Diese hohe emotionale Verbundenheit zeigt sich damit bei fast ebenso vielen Befragten, wie der Stolz darauf, Deutscher zu sein.

Doch andererseits interessieren sich genauso viele Bürger – rund acht von zehn Befragten – nur „etwas“, „kaum“ oder „gar nicht“ für europäische Politik. Nicht erst die geringe Beteiligung bei den zurückliegenden Wahlen zum Europäischen Parlament hat es gezeigt, auch die Demoskopie belegt: Das Interesse der Deutschen an Europapolitik bleibt deutlich hinter dem sonstigen Politikinteresse zurück. Während sich fast vier von zehn Befragten „stark“ oder „sehr stark“ allgemein für Politik interessieren, ist es in Bezug auf die europäische Politik mit rund zwei von zehn nur rund die Hälfte.

„Gute“ Europäer mit geringem Interesse – so lässt sich demnach die ambivalente Haltung der Deutschen zu Europa beschreiben. Der Befund tritt auch auf individueller Ebene deutlich zu-

tage. So sind nahezu drei Viertel (72 %) selbst jener Deutschen, die sich für die europäische Politik kaum oder gar nicht interessieren, dennoch stolz darauf, Europäer zu sein.

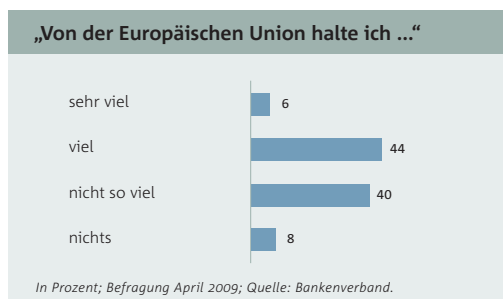


Wie lässt sich der scheinbare Widerspruch erklären? Zunächst zeigen die Umfrageergebnisse, dass die Deutschen in ihrer allgemeinen Einschätzung zur Europäischen Union gespalten sind: Knapp die Hälfte (49 %) der Bundesbürger hat von ihr eine „gute“ oder „sehr gute“ Meinung; vier von zehn Deutschen halten aber „nicht so viel“ und immerhin fast jeder Zehnte „nichts“ von ihr. Dabei ist die Beurteilung der Europäischen Union stark vom Bildungsgrad und dem Interesse des Einzelnen für europäische Politik abhängig: Je höher die formale Bildung und je größer das Interesse, desto positiver fällt die Wahrnehmung der EU bei den Befragten aus.

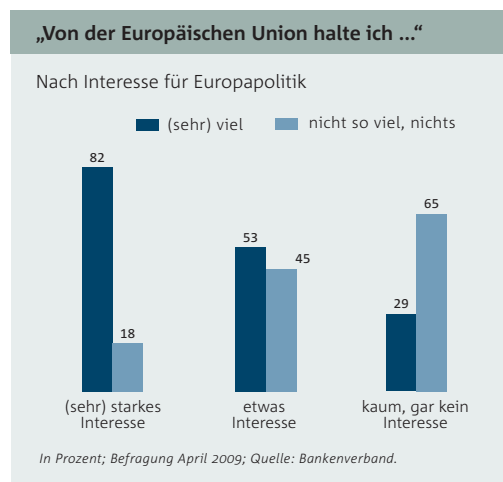
Aufschlussreich ist das Ergebnis, wenn man die Bürger einerseits nach ihrer Meinung zur „Europäischen Union“, andererseits nach jener zur „europäischen Einigung“ befragt: Während lediglich 49 % der Deutschen ein positives Urteil

über die Europäische Union fällen, tun dies mit Bezug auf die europäische Einigung 61 %.

Das zeigt, dass Europa für die Deutschen offenbar zwei verschiedene Gesichter hat: Das

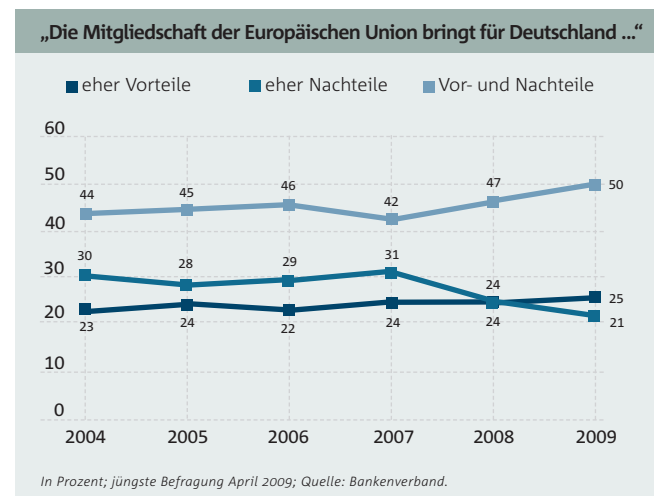


„ideelle Europa“ auf der einen Seite, das eher mit dem Begriff der „europäischen Einigung“ verbunden wird und größtenteils positiv besetzt ist, und die Europäische Union auf der anderen Seite. Sie wird als „institutionalisiertes Europa“ stärker mit den konkreten Problemen europä-



ischer Politik und sicher auch mit einem Übermaß an Bürokratie und Technokratie in Zusammenhang gebracht. Diese Ambivalenz zieht sich erkennbar durch nahezu alle europapolitischen Einstellungen der Deutschen.

Dass die Europäische Union in der Bevölkerung keine höhere Zustimmung genießt, liegt auch daran, dass die Vorteile, die sie für Deutschland und die Deutschen mit sich bringt, von den Bürgern erheblich unterschätzt werden: Mit der Hälfte der Befragten sieht eine relative Mehrheit die Vor- und Nachteile, die dem Land aus seiner EU-Mitgliedschaft erwachsen, allenfalls als ausgeglichen an; nur ein Viertel der Deutschen meint, dass die Vorteile überwiegen.



Das relativ geringe Interesse der Deutschen für Belange der europäischen Politik hängt auch damit zusammen, dass die Bürger der europäischen Ebene nach wie vor nur eine eher untergeordnete politische Relevanz zuweisen. So halten die Entscheidungen des Europäischen Parlaments deutlich weniger Befragte für wichtig als jene des Deutschen Bundestages, der Landtage oder der Kommunalparlamente.

Damit unterschätzen die Deutschen nicht nur die materielle Reichweite der europäischen „Gesetzgebung“, die inzwischen tief in das nationale Recht der Mitgliedstaaten eingreift, son-

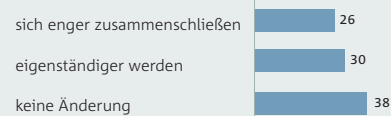
dern auch die Bedeutung und den Einfluss des Europäischen Parlaments selbst, das an diesen Entscheidungen heute maßgeblich beteiligt ist.

Die Deutschen können aber offenbar wenig Bezüge der europäischen Politik zu ihrer eigenen Lebenssituation erkennen und die Rolle des Europäischen Parlaments in dieser Hinsicht nur schwer einordnen. Das deutet auf größere Informationsdefizite der Bürger hin. Und tatsächlich: Befragte, die sich stärker für Europapolitik interessieren und deshalb wohl auch besser informiert sind, schätzen die Bedeutung des Europäischen Parlaments realistischer ein. So halten zwei Drittel der stark oder sehr stark Interessierten die Entscheidungen des Europäischen Parlamentes für „sehr wichtig“ oder

gliedstaaten wieder mehr Wert auf Eigenständigkeit legen werden. Eine relative Mehrheit von fast vier von zehn Deutschen meint unterdessen, dass sich in dieser Hinsicht wenig ändern wird. Die unterschiedlichen Einschätzun-

Was wird aus der Europäischen Union?

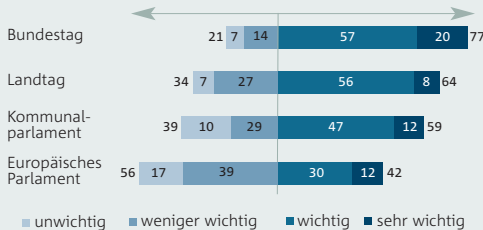
„Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden in den nächsten zehn Jahren ...“



In Prozent; Befragung April 2009; Quelle: Bankenverband.

Unterschätztes Europäisches Parlament

Wie wichtig sind für Sie die Entscheidungen der verschiedenen Parlamente?



In Prozent; Befragung April 2009; Quelle: Bankenverband.

„wichtig“; bei den kaum oder gar nicht Interessierten ist es nur ein Fünftel.

Und wie sehen die Zukunftserwartungen der Deutschen mit Blick auf Europa aus? Hier gehen die Meinungen auseinander: Während ein Viertel der Deutschen glaubt, die EU-Mitgliedstaaten würden sich in den nächsten zehn Jahren noch enger zusammenschließen, erwarten mit 30% etwas mehr Befragte, dass es zu einer umgekehrten Entwicklung kommt und die Mit-

gen zeigen nicht zuletzt, dass es hierzulande – wie in der EU insgesamt – an einer klaren Zielperspektive der europäischen Integration mangelt. Soll europäische Politik die Bürger künftig stärker erreichen, werden alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft daran arbeiten müssen, um den Menschen die Ziele der Europäischen Union und vor allem auch die unmittelbare Relevanz Europas für ihr eigenes Leben näher zu bringen.

Es mag zuversichtlich stimmen, dass die jüngere Generation durchaus positiv zur Europäischen Union eingestellt ist. Wie eine zeitlich parallele Befragung Jugendlicher und junger Erwachsener zeigt, haben sechs von zehn der 14- bis 24-Jährigen in Deutschland von der EU eine „gute“ oder „sehr gute“ Meinung. Und die auch schon bei den Älteren hohe emotionale Bindung an Europa ist bei jungen Leuten sogar noch stärker ausgeprägt: Sage und schreibe 88% der jüngeren Befragten sind nach eigenen Angaben stolz darauf, Europäer zu sein.

In eigener Sache I:

Bankberuf weiterhin geschätzt – Jugendstudie erschienen

Aus Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland ist die Entscheidung für einen Bankberuf nach wie vor eine gute Berufswahl. Nach Ergebnissen der aktuellen Jugendstudie des Bankenverbandes sind trotz Finanzkrise und deren Folgen in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherheit im Bankgewerbe drei Viertel der 14- bis 24-Jährigen dieser Meinung. Damit ist der Anteil der positiven Beurteilungen in der jungen Generation genauso hoch wie in der erwachsenen Gesamtbevöl-

kerung. Mit der Jugendstudie 2009 legt der Bankenverband seine inzwischen dritte Bestandsaufnahme zum Wirtschaftsverständnis und zur Finanzkultur bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor. Die auf repräsentativen Befragungen beruhende Studie finden Sie diesem inter/esse-Versand beigelegt; sie kann jedoch auch auf der Website des Bankenverbandes (www.bankenverband.de) unter „Politik und Gesellschaft“/Umfragen als pdf-Dokument heruntergeladen werden.

In eigener Sache II:

defacto: – Neuer Informationsdienst erschienen

„defacto:“ – so heißt ein neuer, online verfügbarer Informationsdienst des Bankenverbandes für Politik, Wirtschaft und Medien. Informativ, sachlich und präzise will der Bankenverband darin über Hintergründe und Zusammenhänge zu wichtigen ökonomischen, insbesondere kreditwirtschaftlichen Themen berichten. Der Bankenverband möchte damit dem auch angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gestiegenen Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nachkommen.

defacto: wird immer dann zur Verfügung gestellt werden, wenn aktuelle Themen tiefer gehende Informationen geboten erscheinen lassen. Die erste Ausgabe beschäftigt sich mit der Unternehmensfinanzierung. Hier sind vor dem

Hintergrund der Finanzkrise öffentlich Zweifel geäußert worden, ob Unternehmen noch ausreichend Kredite erhalten.

Der vierseitige Newsletter gibt hierzu die objektive, von der Deutschen Bundesbank ermittelte Datenlage wieder und zeigt die Position des Bankenverbandes zu den verschiedenen Facetten der Unternehmensfinanzierung in Deutschland auf.

defacto: will einen Beitrag leisten, wirtschafts- und branchenrelevante Themen für Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien sowie für andere Interessierte transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Die aktuelle Ausgabe finden Sie unter: www.bankenverband.de/defacto.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken
Verantwortlich: Inge Niebergall
Redaktion: Christian Jung
Anschrift: Postfach 04 03 07, 10062 Berlin

Telefon: 0 30/16 63-15 02
Telefax: 0 30/16 63-15 99
E-Mail: janine.altermann@bdb.de
Internet: <http://www.bankenverband.de>